

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts  
für Internationales Recht an der Universität Kiel

---

Band 201

# Die Durchsetzung von EU-Recht durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Stellvertretende Verfassungsgerichtsbarkeit zur Effektivierung  
des Individualrechtsschutzes

Von

Philipp Tamme



Duncker & Humblot · Berlin

Philipp Tamme

Die Durchsetzung von EU-Recht durch den Europäischen  
Gerichtshof für Menschenrechte

**Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts  
für Internationales Recht an der Universität Kiel**

In der Nachfolge von Jost Delbrück  
herausgegeben von

Andreas von Arnould, Nele Matz-Lück  
und Kerstin von der Decken  
Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht

**201**

Völkerrechtlicher Beirat des Instituts:

**Christine Chinkin**

London School of Economics

**James Crawford**

International Court of Justice,  
The Hague

**Lori F. Damrosch**

Columbia University, New York

**Rainer Hofmann**

Johann Wolfgang Goethe-  
Universität, Frankfurt a.M.

**Fred L. Morrison**

University of Minnesota,  
Minneapolis

**Eibe H. Riedel**

Universität Mannheim

**Allan Rosas**

Court of Justice of the European  
Union, Luxemburg

**Bruno Simma**

Iran-United States Claims  
Tribunal, The Hague

**Daniel Thürer**

Universität Zürich

**Christian Tomuschat**

Humboldt-Universität, Berlin

**Rüdiger Wolfrum**

Max-Planck-Stiftung für  
Internationalen Frieden  
und Rechtsstaatlichkeit,  
Heidelberg

# Die Durchsetzung von EU-Recht durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Stellvertretende Verfassungsgerichtsbarkeit zur Effektivierung  
des Individualrechtsschutzes

Von

Philipp Tamme



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät  
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat diese Arbeit  
im Jahre 2013 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 1435-0491  
ISBN 978-3-428-14799-1 (Print)  
ISBN 978-3-428-54799-9 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-84799-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

«La justice sans la force est impuissante; la force sans la justice est tyrannique.

La justice sans force est contredite, parce qu'il y a toujours des méchants. La force sans la justice est accusée. Il faut donc mettre ensemble la justice et la force, et pour cela faire que ce qui est juste soit fort ou que ce qui est fort soit juste.»

*Blaise Pascal* (1623–1662), *Pensées*\*

---

\* Zitiert nach *Pascal*, *Œuvres complètes*, II (édition présentée, établie et annotée par Michel Le Guern), Gallimard, Paris 2000, S. 571, Nr. 94.



## Vorwort

Freude, schöner Götterfunken!

Verbunden mit Dankbarkeit und einer gewissen Erleichterung markiert diese Freude die Vollendung einer längeren Reise durch die Europarechtswissenschaft, auf die mich die vorliegende Arbeit geführt hat. Ihr an den Schnittstellen von EU-Recht und EMRK gelegenes Thema bündelt wie ein Brennglas zentrale Fragen von Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit, anhand derer deutlich wird, welche enorme Bedeutung der Gründung Europas auf das Recht zukommt – ein Fundament, das bewahrt und gestärkt werden muss.

Die Arbeit geht in ihren wesentlichen Grundzügen auf meine Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kieler Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht zurück. Sie wurde im Wintersemester 2013/2014 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen und 2016 mit dem Förderpreis des Kieler Doctores Iuris e. V. ausgezeichnet. Für die Drucklegung wurde die Schrift noch einmal umfassend aktualisiert. Sofern nicht anders angegeben, befinden sich Rechtsprechung und Literatur einschließlich der Internetquellen damit auf dem Stand vom April 2017.

Allen, die zum Gelingen meines Promotionsvorhabens beigetragen haben, danke ich herzlich für ihre Unterstützung und ihren Zuspruch. Besonderer Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Giegerich, LL.M. (Virginia), der nicht nur das Thema angeregt, sondern die Entstehung der Arbeit auch sehr interessiert und mit wertvollen Hinweisen auf neue Entwicklungen begleitet hat. Bei Frau Prof. Dr. Kerstin von der Decken (vormals Odendahl) bedanke ich mich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Ihr, Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnould und Frau Prof. Dr. Nele Matz-Lück danke ich außerdem für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Walther-Schücking-Instituts. Gedankt sei ebenso meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen am Institut, die mir während meiner dortigen Tätigkeit verbunden waren, insbesondere Frau Dr. Berenike Schriewer und Herrn Dr. Tobias Thienel, LL.M. (Edinburgh), für fruchtbare Diskussionen.

Ferner gilt mein Dank der Gesellschaft zur Förderung von Forschung und Lehre am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht e. V. und der „Immanuel Kant-Stiftung – Europas Erbe als Auftrag“. Sie haben für die Veröffentlichung der Arbeit freundlicherweise großzügige Druckkostenzuschüsse gewährt. In die Danksagung einschließen möchte ich gleichfalls die Studienstiftung des deutschen Volkes sowie Frau Prof. Dr. Dorothee Einsele und Herrn



Prof. Dr. Haimo Schack, LL.M. (Berkeley), vom Institut für Europäisches und Internationales Privat- und Verfahrensrecht der Universität Kiel, die mich während des Studiums und danach gefördert haben.

Festen Rückhalt auch in der Promotionszeit, die mitunter Ausdauer, Geduld und Disziplin auf die Probe stellte, habe ich bei meiner Familie gefunden. Insbesondere meine Eltern, Dr. Karl und Sabine Tammé, haben mich in vielfältiger Weise unterstützt. Mein Vater hat sich zudem mit großem Interesse der Aufgabe des Korrekturlesens angenommen. Auch mein Bruder, Dr. Johannes Alexander Tammé, stand mir hilfreich zur Seite. Für all dies bin ich ihnen sehr dankbar. Meinen Eltern, die mir meinen Weg ermöglicht haben, widme ich diese Arbeit.

Kiel, im Februar 2018

*Philipp Tammé*

# Inhaltsverzeichnis

## *Teil 1*

<b>Grundlagen</b>	33
<b>A. Einführung</b>	33
I. Kontext und Aufriss des Themas	33
II. Zielsetzung und Schwerpunkte der Arbeit	37
III. Gang der Untersuchung	38
<b>B. Zuständigkeit und Prüfungsparameter des EGMR</b>	39
I. Vorgaben in Art. 19, 32 und 53 EMRK	39
II. Auslegung der EMRK nach Art. 31 WVK	42
1. Grundlinien des Art. 31 WVK und gemeinsame Standards der Vertragsstaaten	43
2. Systemische Integration gemäß Art. 31 Abs. 3 lit. c WVK	44
a) Europarechtsnormen als Völkerrechtssätze	45
b) Vertragsauslegung zwischen Homogenität und Differenzierung	46
aa) Problemstellung und Lösungsansätze	46
bb) Vertragsspezifische Beurteilung	49
c) Zur Auslegungspraxis des EGMR	51
III. Verweis der EMRK auf konventionsfremdes Recht	54
<b>C. Zulässigkeitsvoraussetzungen der Individualbeschwerde, Art. 34 f. EMRK</b>	57
I. Partei-, Prozess- und Postulationsfähigkeit	57
II. Opfereigenschaft	59
III. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	61
IV. Beschwerdefrist	63
V. Unzulässigkeitsgründe des Art. 35 Abs. 2, 3 EMRK	65
<b>D. Ausbau des Rechtsschutzes durch einen Beitritt der EU zur EMRK</b>	68
I. Ausgangslage	68
II. Beitrittsvoraussetzungen	72
III. Konkrete Ausgestaltung und Auswirkungen eines Beitritts	75
1. Externe konventionsrechtliche Vollkontrolle durch den EGMR	75
2. Wirkung in der Unionsrechtsordnung	78
3. Mitbeschwerdegegner-Mechanismus	80
4. Vorabbeurteilung des EuGH	83
5. Strukturelle Anpassung des EGMR	88

*Teil 2***Verfahrensrechte**

91

<b>A. Vorlagepflicht im Vorabentscheidungsverfahren gemäß Art. 267 AEUV</b> . . .	91
I. Das Vorabentscheidungsverfahren als Schlüsselement des EU-Rechtsschutzsystems . . . . .	91
1. Funktion und Bedeutung . . . . .	91
2. Vorlagegegenstände . . . . .	95
a) Auslegungsfragen . . . . .	95
b) Gültigkeitsfragen . . . . .	98
c) Sonderregeln . . . . .	100
3. Vorlageberechtigung . . . . .	101
II. Reichweite und Rechtscharakter der europarechtlichen Vorlagepflicht . . . .	104
1. Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte bei Auslegungsfragen . . . . .	104
a) Letztinstanzlichkeit . . . . .	104
b) Ausnahmen von der Vorlagepflicht . . . . .	106
2. Vorlagepflicht aller mitgliedstaatlichen Gerichte bei Gültigkeitsfragen . . . . .	108
3. Der subjektiv-rechtliche Gehalt von Art. 267 AEUV . . . . .	112
III. Die Sanktionierbarkeit von Verstößen gegen die Vorlagepflicht nach Europarecht und nationalem Verfassungsrecht . . . . .	113
1. Praktischer Sanktionierungsbedarf . . . . .	113
2. Europarechtliche Ebene . . . . .	115
a) Vertragsverletzungsverfahren . . . . .	115
b) Staatshaftung für judikatives Unrecht . . . . .	118
3. Mitgliedstaatliches Verfassungsrecht . . . . .	119
a) Deutschland . . . . .	119
aa) Das Recht auf den gesetzlichen Richter, Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	119
(1) Prüfungsmodalitäten des BVerfG . . . . .	120
(2) Analyse im Vergleich mit der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	123
(3) Europarechtliche Anforderungen . . . . .	125
(4) Grundgesetzliche Anforderungen . . . . .	128
bb) Materielle Grundrechte . . . . .	131
cc) Zwischenergebnis . . . . .	135
b) Österreich . . . . .	136
c) Spanien . . . . .	137
d) Tschechische Republik . . . . .	138
e) Slowakei . . . . .	139
f) Slowenien . . . . .	140
g) Sonstige Mitgliedstaaten . . . . .	141

4. Zwischenergebnis zu III. ....	142
IV. Die Beachtung der Vorlagepflicht als Erfordernis eines fairen Verfahrens, Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK .....	143
1. Anwendungsbereich von Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	143
a) Verfahren über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen ....	143
b) Verfahren über strafrechtliche Anklagen .....	145
c) Zuordnungsgrundsätze .....	146
2. Die Praxis der EKMR .....	147
a) <i>Züchner ./.</i> <i>Deutschland</i> (1987) .....	147
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	147
bb) Entscheidung der EKMR .....	148
cc) Bewertung .....	148
b) <i>Brighina ./.</i> <i>Deutschland</i> (1990) .....	149
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	149
bb) Entscheidung der EKMR .....	150
cc) Bewertung .....	151
c) <i>Société Divagsa ./.</i> <i>Spanien</i> (1993) .....	153
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	153
bb) Entscheidung der EKMR .....	153
cc) Bewertung .....	154
d) <i>F.S. und N.S. ./.</i> <i>Frankreich</i> (1993) .....	155
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	155
bb) Entscheidung der EKMR .....	156
cc) Bewertung .....	157
e) <i>Spiele ./.</i> <i>Niederlande</i> (1997) .....	158
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	158
bb) Entscheidung der EKMR .....	158
cc) Bewertung .....	159
f) <i>Skandinavisk Metallförmedling AB ./.</i> <i>Schweden</i> (1998) .....	161
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	161
bb) Entscheidung der EKMR .....	161
cc) Bewertung .....	162
3. Die Fälle vor dem EGMR .....	163
a) <i>Desmots ./.</i> <i>Frankreich</i> (1999) .....	163
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	163
bb) Verfahren vor dem EGMR .....	164
cc) Bewertung .....	165
b) <i>Schweighofer et al. ./.</i> <i>Österreich</i> (1999) .....	166
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	166
bb) Verfahren vor dem EGMR .....	167

cc)	Bewertung	168
c)	<i>Dotta</i> ././ <i>Italien</i> (1999)	169
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	169
bb)	Verfahren vor dem EGMR	169
cc)	Bewertung	170
d)	<i>Moosbrugger</i> ././ <i>Österreich</i> (2000)	171
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	171
bb)	Verfahren vor dem EGMR	172
cc)	Bewertung	172
e)	<i>Canela Santiago</i> ././ <i>Spanien</i> (2001)	173
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	173
bb)	Verfahren vor dem EGMR	174
cc)	Bewertung	174
f)	<i>Bakker</i> ././ <i>Österreich</i> (2002)	175
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	175
bb)	Verfahren vor dem EGMR	176
cc)	Bewertung	178
g)	<i>Pedersen und Pedersen</i> ././ <i>Dänemark</i> (2003)	181
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	181
bb)	Verfahren vor dem EGMR	182
cc)	Bewertung	183
h)	<i>Junnila</i> ././ <i>Finnland</i> (2004)	186
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	186
bb)	Verfahren vor dem EGMR	187
cc)	Bewertung	188
i)	<i>Matheis</i> ././ <i>Deutschland</i> (2005)	188
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	188
bb)	Verfahren vor dem EGMR	189
cc)	Bewertung	190
j)	<i>Kefalas et al.</i> ././ <i>Griechenland</i> (2005)	193
aa)	Sachverhalt	193
bb)	Ausgangsverfahren	193
cc)	Verfahren vor dem EGMR	195
dd)	Bewertung	196
k)	<i>John</i> ././ <i>Deutschland</i> (2007)	200
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren	200
bb)	Verfahren vor dem EGMR	201
cc)	Bewertung	202
l)	<i>Herma</i> ././ <i>Deutschland</i> (2009)	207
aa)	Sachverhalt	207

bb)	Ausgangslage im deutschen Recht .....	207
cc)	Nationales Verfahren .....	208
dd)	Verfahren vor dem EGMR .....	209
ee)	Bewertung .....	210
m)	<i>Ullens de Schooten und Rezabek ./.</i> Belgien (2011) .....	213
aa)	Ausgangslage .....	213
bb)	Nationale Verfahren .....	214
(1)	Straf- und Zivilverfahren .....	214
(2)	Verwaltungs- und verfassungsgerichtliches Verfahren .....	215
cc)	Verfahren vor dem EGMR .....	215
(1)	Rügen .....	215
(2)	Urteil des EGMR .....	216
dd)	Bewertung .....	219
n)	<i>Dhahbi ./.</i> Italien (2014) .....	224
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren .....	224
bb)	Verfahren vor dem EGMR .....	225
cc)	Bewertung .....	226
o)	<i>Schipani et al. ./.</i> Italien (2015) .....	228
aa)	Sachverhalt und nationales Verfahren .....	228
bb)	Verfahren vor dem EGMR .....	229
cc)	Bewertung .....	231
4.	Bestandsaufnahme .....	234
a)	Langjährige Ineffektivität des konventionsrechtlichen Rechtsschutzes .....	234
b)	Leitlinien der konventionsrechtlichen Beurteilung .....	234
c)	Die Entwicklungen bei der Ausgestaltung der Willkürprüfung .....	235
d)	Die begrenzte Wirkung der Urteile des EGMR .....	238
e)	Der Einfluss weiterer Verfahrensgarantien: Art. 7 Abs. 1 und Art. 13 EMRK .....	240
V.	Möglichkeiten zur Verbesserung des Rechtsschutzes .....	243
1.	Mitgliedstaatliche Ebene .....	243
2.	Konventionsrechtliche Ebene .....	244
a)	Verschärfung der Willkürkontrolle .....	245
b)	Sonstige Anpassungen .....	247
3.	Unionsrechtliche Ebene .....	249
4.	Fazit .....	256
<b>B.</b>	<b>Effektive Urteilsdurchsetzung: <i>Hornsby ./.</i> Griechenland (1997)</b> .....	257
I.	Sachverhalt und Ausgangsverfahren .....	257
II.	Verfahren vor der EKMR .....	259
1.	Zulässigkeit .....	259

2. Bericht gemäß Art. 31 EMRK a.F. ....	260
III. Urteile des EGMR .....	261
1. Verfahren und Zulässigkeit .....	261
2. Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	261
3. Sondervoten .....	263
4. Entschädigung .....	264
5. Urteilsfolgen .....	265
IV. Bewertung und Konsequenzen .....	266
1. Europarechtliche Rechtslage und Implementierungsproblematik .....	266
2. Der EGMR als Katalysator für die Urteilsdurchsetzung .....	268
a) Konventionsrechtliche Anforderungen gemäß Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	268
b) Nationale und europäische Urteile als potentielle Vollzugsgegen- stände .....	270
c) Mögliche Schiedsrichterfunktion des EGMR zwischen EuGH und nationalen Höchstgerichten .....	272
V. Fazit .....	276

### Teil 3

## Rechte aus europäischen Richtlinien 278

<b>A. Steuerrecht</b> .....	279
I. <i>S. A. Dangeville ./.</i> Frankreich (2002) .....	279
1. Sachverhalt .....	279
2. Verfahren und Rechtslage in Frankreich .....	280
a) Der Primärrechtsweg vor dem Conseil d'État .....	280
b) Hintergrund: Die Entwicklung der französischen Rechtsprechung hinsichtlich der innerstaatlichen Durchsetzung des Europarechts ...	281
aa) Die Cohn-Bendit-Rechtsprechung und ihre Folgen .....	281
bb) Das frühere Kontrolldefizit gegenüber Parlamentsgesetzen und nachrangigem Recht .....	284
cc) Die Wende zur Europarechtsfreundlichkeit seit dem Nicolo- Urteil .....	285
c) Konsequenzen für den Primärrechtsschutz in der Ausgangssituation	288
d) Die Unzulässigkeit des Staatshaftungsbegehrens .....	289
aa) Ablauf des Verfahrens .....	289
bb) Begründung des Regierungskommissars .....	291
3. Rechtslage nach Europarecht .....	294
a) Unmittelbare Wirkung von Richtlinien .....	294
aa) Grundsätze .....	294
bb) Anwendung im Ausgangsfall .....	296

b)	Ansprüche aus Staatshaftung .....	298
aa)	Grundlagen und Anwendbarkeit .....	298
bb)	Anspruchsbegründung .....	300
(1)	Legislatives Unrecht .....	301
(2)	Administratives Unrecht .....	302
(3)	Judikatives Unrecht .....	303
(a)	Urteil des Conseil d'État von 1986 .....	304
(b)	Urteil des Conseil d'État von 1996 .....	305
cc)	Ergebnis zu b) .....	310
4.	Das Verfahren vor den Konventionsorganen .....	310
a)	Zulässigkeit .....	310
b)	Verstoß gegen Art. 1 ZP 1 .....	311
aa)	Schutzbereich .....	311
bb)	Eingriff .....	315
cc)	Rechtfertigung .....	316
(1)	Gesetzliche Grundlage und Vorliegen von Allgemeininter- resse .....	318
(2)	Gerechter Interessenausgleich .....	320
c)	Verstoß gegen Art. 14 EMRK i.V.m. Art. 1 ZP 1 .....	321
d)	Entschädigung und Urteilsfolgen .....	322
5.	Analyse, Reaktionen, Bewertung und Auswirkungen .....	324
a)	Identifizierung der Eigentumsposition .....	324
b)	Ausrichtung der Rechtfertigungsprüfung .....	327
c)	Indirekte Sanktionierung der Verstöße gegen die Vorlagepflicht ...	329
d)	Kompetenzabgrenzung zum EuGH .....	331
e)	Vorreiterrolle des EGMR bei der Ahndung judikativen Unrechts? .	334
f)	Fazit .....	336
II.	<i>S. A. Cabinet Diot und S. A. Gras Savoye ./.</i> Frankreich (2003) .....	337
1.	Sachverhalt und Besonderheiten im Verfahren .....	338
2.	Verfahren vor dem EGMR .....	339
a)	Zulässigkeit .....	339
b)	Begründetheit .....	341
c)	Urteilsfolgen .....	342
3.	Europarechtliche Rechtslage .....	342
a)	Allgemeine Vereinbarkeit von Art. L. 190 LPF mit dem Europa- recht .....	343
b)	Vorliegendes Verfahren .....	345
4.	Bewertung des Urteils des EGMR .....	347
III.	<i>Aon Conseil et Courtagé S. A. et al. ./.</i> Frankreich (2007) .....	348
1.	Sachverhalt und nationales Verfahren .....	348



2.	Verfahren vor dem EGMR	349
a)	Zulässigkeit	349
b)	Begründetheit	350
c)	Urteilsfolgen	351
d)	Sondervotum	352
3.	Europarechtliche Rechtslage	353
4.	Bewertung des Urteils des EGMR	356
IV.	Exkurs: <i>Iovişoni et al. ./ Rumänien</i> (2012)	359
1.	Sachverhalt und innerstaatliche Verfahren	359
2.	Europarechtliche Rechtslage und nationale Reform	360
3.	Verfahren vor dem EGMR	362
4.	Bewertung	363
<b>B.</b>	<b>Umweltrecht</b>	366
I.	Umweltinformationen: <i>Guerra et al. ./ Italien</i> (1998)	366
1.	Sachverhalt und umweltrechtliche Grundlagen	366
2.	Verfahren vor der EKMR	369
a)	Zulässigkeitsentscheidung	369
b)	Bericht gemäß Art. 31 EMRK a.F.	369
c)	Sondervoten zum Bericht	371
3.	Urteil des EGMR	372
a)	Zuständigkeit und Verfahren	372
b)	Materielle Konventionsgarantien	372
c)	Sondervoten	373
d)	Urteilsfolgen	374
4.	Analyse und Bedeutung des Falles	375
a)	Informationsgewährleistungen und weitere individualschützende Normen in europäischen Umweltrichtlinien	375
b)	Umweltrechtliche Vollzugsproblematik	378
c)	Abhilfeoptionen auf europäischer und mitgliedstaatlicher Ebene	380
d)	Subsidiärer Umweltrechtsschutz nach Maßgabe der EMRK	384
aa)	Potential und Grenzen konventionsrechtlicher (Vollzugs-)Kon- trolle	384
bb)	Rolle von Umweltrechten bei Auslegung und Anwendung der EMRK	386
5.	Fazit zu I.	390
II.	Umweltverträglichkeitsprüfung: <i>Giacomelli ./ Italien</i> (2006)	391
1.	Sachverhalt und innerstaatliches Verfahren	391
2.	Einschlägige europäische und italienische UVP-Vorschriften	393
a)	Inhalt	393
b)	Anwendung	395

3. Der Fall vor den Konventionsorganen .....	396
a) Verfahren und Parteivorbringen .....	396
b) Materielle Ausführungen des EGMR .....	397
c) Urteilsfolgen .....	399
4. Bewertung .....	400
<b>C. Ergebnis zu Teil 3 .....</b>	<b>403</b>

*Teil 4*

<b>Freizügigkeitsrechte</b>	405
<b>A. Europarechtliche Freizügigkeitsrechte im Überblick .....</b>	<b>405</b>
I. Ökonomischer Ursprung und anschließende Generalisierung .....	405
II. Unionsbürgerschaftliches allgemeines Freizügigkeitsrecht (Art. 21 Abs. 1 AEUV) .....	408
III. Zum freizügigkeitsrechtlichen Status von Drittstaatsangehörigen .....	411
IV. Das Regime der Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG .....	414
<b>B. Konventionsrechtliche Durchsetzungsmöglichkeiten .....</b>	<b>416</b>
I. Schutz vor aufenthaltsbeendenden Maßnahmen .....	416
1. Assoziationsrechtliche Ausgangsfälle .....	417
a) <i>Yildiz ./ Österreich</i> (2002) .....	417
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	417
bb) Verfahren vor dem EGMR .....	418
b) <i>Yagiz ./ Österreich</i> (1999) .....	419
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	419
bb) Verfahren vor dem EGMR .....	420
c) <i>Caglar ./ Deutschland</i> (2000) .....	421
aa) Sachverhalt und nationales Verfahren .....	421
bb) Verfahren vor dem EGMR .....	422
2. Rechtslage und Bewertung nach europäischem Assoziationsrecht .....	423
a) Existenz einer assoziationsrechtlichen Rechtsposition .....	423
b) Anforderungen an die Entziehung des Aufenthaltsrechts .....	424
3. Schutzwirkung von Art. 8 EMRK und Folgen für die Durchsetzbarkeit des Europarechts .....	427
a) Grundlinien des Schutzbereichs des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens .....	428
b) Rechtfertigung von Eingriffen .....	430
aa) Allgemeine Voraussetzungen .....	430
bb) Einbeziehung des Europarechts .....	433
(1) Zugrundeliegende Tatsachen .....	433
(2) Maßgeblicher Anknüpfungspunkt .....	434

(3) Konvergenz- und Divergenzfaktoren .....	436
c) Zwischenergebnis .....	438
4. Weitere konventionsrechtliche Garantien in ZP 4 und ZP 7 .....	439
a) Verbot der Ausweisung eigener Staatsangehöriger, Art. 3 Abs. 1 ZP 4 .....	439
b) Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern, Art. 4 ZP 4 .....	440
c) Verfahrensrechtliche Schutzvorschriften, Art. 1 ZP 7 .....	441
II. Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis – <i>Aristimuño Mendizabal ./.</i> Frankreich (2006) .....	442
1. Sachverhalt und nationales Verfahren .....	442
2. Einschlägige europarechtliche und französische Vorschriften .....	443
3. Prüfung durch den EGMR .....	445
a) Zulässigkeit .....	445
b) Begründetheit .....	446
aa) Art. 8 EMRK .....	446
bb) Art. 13 EMRK .....	448
cc) Sondervotum .....	449
c) Urteilsfolgen .....	449
4. Bewertung und Konsequenzen .....	450
III. Sonstige Freizügigkeitskomponenten .....	453
1. Interne Freizügigkeit, Art. 2 Abs. 1 ZP 4 .....	453
2. Ausreisefreiheit, Art. 2 Abs. 2 ZP 4 .....	454
3. Einreisefreiheit: Rückkehr- und Nachzugsrechte .....	455
a) Art. 3 Abs. 2 ZP 4 .....	455
b) Art. 8 EMRK .....	456
4. Gleichbehandlung: Art. 14 EMRK und Art. 1 ZP 12 .....	458
<b>C. Ergebnis zu Teil 4 .....</b>	<b>459</b>

### *Teil 5*

<b>Politische Rechte</b>	462
<b>A. Wahlrecht zum Europäischen Parlament und Art. 3 ZP 1 .....</b>	<b>462</b>
I. Die historische Genese des Europawahlrechts .....	463
1. Die Anfänge des gemeinschaftlichen Parlamentarismus .....	463
2. Die Einführung der Direktwahl .....	465
3. Vom Maastrichter Vertrag zum Wahlverfahren nach gemeinsamen Grundsätzen .....	468
II. Die gegenwärtige Ausgestaltung des unionsrechtlichen Wahlgrundrechts .....	470
1. Grundrechtscharakter .....	470
2. Einzelne Wahlrechtsgrundsätze .....	473
a) Allgemeine Wahl .....	473

b) Unmittelbare Wahl .....	477
c) Freie und geheime Wahl .....	479
d) Gleiche Wahl .....	480
aa) Geschriebenes Unionsrecht .....	480
bb) Die Gleichheit der Wahl als allgemeiner Rechtsgrundsatz ....	484
3. Das Europawahlrecht im Wohnsitzmitgliedstaat, Art. 22 Abs. 2 AEUV	488
III. Allgemeine Gewährleistungen durch Art. 3 ZP 1 .....	492
IV. <i>Mathews ./. Vereinigtes Königreich</i> (1999) .....	497
1. Hintergrund und Sachverhalt .....	498
2. Verfahren vor der EKMR .....	500
3. Urteil des EGMR .....	501
a) Konventionsrechtliche Verantwortlichkeit des Vereinigten König- reichs .....	501
b) Anwendbarkeit von Art. 3 ZP 1 auf das Europäische Parlament ...	504
c) Art. 56 Abs. 3 EMRK .....	506
d) Konventionsrechtliche Prüfung des Ausschlusses Gibraltars von der Europawahl .....	507
e) Sondervotum .....	508
4. Bewertung und allgemeine Auswirkungen .....	509
V. Folgeentwicklungen: Der schwierige Umgang mit dem <i>Mathews</i> -Urteil .	513
1. Erste Reaktionen .....	513
2. Das neue britische Wahlrecht für Gibraltar .....	514
3. Der spanisch-britische Streit im Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH .....	516
a) Zuerkennung des Europawahlrechts an QCC .....	516
b) Anschluss des Gebietes von Gibraltar an einen britischen Wahl- bezirk .....	517
4. Analyse des Verhältnisses von europäischem Wahlgrundrecht und Anhang I DWA .....	518
a) Konventionskonforme Auslegung .....	519
b) Rein nationale Wahlrechtsgrundlage? .....	520
c) Primärrechtliche Normenkollision .....	521
d) Europäisches Wahlgrundrecht als vorrangige <i>lex posterior</i> .....	522
e) Die Anwendbarkeit von Anhang I DWA in Bezug auf Drittstaats- angehörige .....	523
5. Fazit .....	524
VI. Die Anknüpfung der Wahlberechtigung nach dem Lissabon-Vertrag .....	525
1. Änderungen des Primärrechts .....	525
2. Mitgliedstaatliche Erklärungen .....	526
3. Wandel der EuGH-Rechtsprechung? .....	527
4. Mitgliedstaatlicher Spielraum bei Ein- und Ausbürgerung .....	528

VII. Durchsetzung des Europawahlrechts zugunsten mobiler Unionsbürger . . . .	530
1. Konventionsrechtsschutz gegen Eingriffe im Wohnsitzmitgliedstaat . . .	530
a) Der staatsangehörigkeitsbasierte Volksbegriff des Art. 3 ZP 1 . . . . .	531
b) Die europarechtsgeprägte Modifikation des Volksbegriffs . . . . .	532
2. Konventionsrechtsschutz bei Rückkehr in den Herkunftsmitgliedstaat . .	535
VIII. Ergebnis zu A. . . . .	536
<b>B. Politische Betätigungsrechte und Art. 10 EMRK: <i>Piermont ./.</i> Frankreich</b>	
<b>(1995)</b> . . . . .	537
I. Sachverhalt und nationale Verfahren . . . . .	537
II. Verfahren vor den Konventionsorganen . . . . .	539
1. Grundlagen . . . . .	539
2. Bericht der EKMR und Sondervoten . . . . .	539
3. Urteil des EGMR . . . . .	541
a) Freizügigkeit gemäß Art. 2 ZP 4 . . . . .	541
b) Freiheit der Meinungsäußerung gemäß Art. 10 Abs. 1 EMRK . . . . .	542
c) Sondervotum . . . . .	544
d) Urteilsfolgen . . . . .	545
III. Europarechtliche Rechtslage . . . . .	545
IV. Konventionsrechtliche Bewertung . . . . .	548
1. Allgemeines . . . . .	548
2. Restriktive Handhabung der Ausnahmeklauseln . . . . .	549
3. Schlussfolgerungen . . . . .	551
<b>C. Parlamentarische Immunität und Art. 8 EMRK: <i>Marchiani ./.</i> Frankreich</b>	
<b>(2008)</b> . . . . .	553
I. Sachverhalt und Ausgangsverfahren . . . . .	553
II. Ablauf des Verfahrens vor dem EGMR . . . . .	555
III. Europarechtliche Dimension . . . . .	556
1. Grundlagen und Problemstellung . . . . .	556
2. Positionen der Verfahrensbeteiligten . . . . .	557
3. Unklarheit der Europarechtslage . . . . .	558
IV. Prüfung durch den EGMR anhand von Art. 8 EMRK . . . . .	559
V. Konventionsrechtliche Bewertung und Folgen . . . . .	561
1. Gesetzesqualität der Eingriffsgrundlage . . . . .	561
2. Insbesondere: Sanktionierbarkeit des Verstoßes gegen die Vorlagepflicht . . . . .	563
3. Implikationen für den Konventionsrechtsschutz der Europaabgeordneten gegen freiheitsentziehende Maßnahmen . . . . .	565
<b>D. Grenzüberschreitende Parteienfinanzierung und Art. 11 EMRK: <i>Parti nationaliste basque – Organisation régionale d’Iparralde ./.</i> Frankreich (2007)</b> .	567
I. Sachverhalt, französisches Recht und innerstaatliches Verfahren . . . . .	568

II.	Grundlagen des Verfahrens vor dem EGMR .....	569
1.	Zulässigkeit .....	569
2.	Parteivorbringen .....	570
3.	Positionen anderer Institutionen des Europarates .....	571
III.	Europarechtliche Dimension .....	573
1.	Recht europäischer politischer Parteien .....	573
2.	Kapitalverkehrsfreiheit, Art. 63 ff. AEUV (Art. 56 ff. EGV) .....	574
a)	Anwendbarkeit und Schutzbereich .....	575
b)	Eingriff .....	576
c)	Rechtfertigung .....	576
3.	Ergebnis zu III. ....	579
IV.	Materielle Beurteilung durch den EGMR .....	580
1.	Anwendbare Konventionsrechte und Eingriffsqualität .....	580
2.	Rechtfertigung nach Art. 11 Abs. 2 EMRK .....	581
3.	Sondervotum .....	583
V.	Kritische Würdigung .....	584
1.	Schwächen der konventionsrechtlichen Prüfung des EGMR .....	584
2.	Unterlassene Einbeziehung des Europarechts .....	585
3.	Selbstbeschränkung des EGMR als Rechtsschutzhindernis .....	587
<b>E.</b>	<b>Ergebnis zu Teil 5 .....</b>	<b>589</b>

*Teil 6*

	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b> .....	<b>591</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>607</b>
	<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>676</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union/Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AC	Law Reports des Incorporated Council of Law Reporting (England und Wales), Teilsreihe Appeals Cases
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AG	Aktiengesellschaft
AJDA	L'Actualité juridique – Droit administratif
AJIL	American Journal of International Law
AK	Athinaïki Khartopoiia
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARB 1/80	Beschluß Nr. 1/80 des Assoziationsrates v. 19.09.1980 über die Entwicklung der Assoziation
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ATS	Österreichischer Schilling
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeamtVG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.10.1990
Begr.	Begründer
belg.	belgisch
Berkeley JIL	Berkeley Journal of International Law
Beschl.	Beschluss
betr.	betreffend
bf.	beschwerdeführend

Bf.	Beschwerdeführer
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BÜ-E	Beitrittsübereinkunft (Entwurf) – Draft revised agreement on the accession of the European Union to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms/Projet révisé d'accord portant adhésion de l'Union européenne à la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales
bulg.	bulgarisch
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerfG-GO	Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CCFP	Commission nationale des comptes de campagnes et des financements politiques
CCPR	International Covenant on Civil and Political Rights
CD	Collection of Decisions of the European Commission of Human Rights/ Recueil de décisions de la Commission européenne des droits de l'homme
CDE	Cahiers de droit européen
CGI	Code général des impôts
CMLR	Common Market Law Review
CPP	Code de procédure pénale
ders.	derselbe
DevG	Bundesgesetz über die Devisenbewirtschaftung (Österreich)
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/n
Diss.	Dissertation
DKK	Dänische Krone



DM	Deutsche Mark
Doc.	Document
DÖD	Der Öffentliche Dienst
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DPR	Decreto del Presidente della Repubblica (Dekret des italienischen Staatspräsidenten)
DR	European Commission of Human Rights, Decisions and Reports/Commission européenne des droits de l'homme, Décisions et rapports
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DWA	Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments/der Versammlung (Direktwahlakt)
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAJ-PNV	Eusko Alderdi Jeltzalea – Partido Nacionalista Vasco
EB-E	Erläuternder Bericht (Entwurf) – Draft explanatory report to the Agreement on the Accession of the European Union to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms/Projet de rapport explicatif à l'Accord portant adhésion de l'Union européenne à la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	Treaty establishing the European Economic Community
EG	Europäische Gemeinschaft/en
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSv	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-VerfO	Verfahrensordnung (Règlement de la Cour/Rules of Court) des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EHRLR	European Human Rights Law Review
EJIL	European Journal of International Law
EJLS	European Journal of Legal Studies
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELRev.	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (amtlich: Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
endg.	endgültig
engl.	englisch
Entsch.	Entscheidung
EPL	European Public Law

EPRA	European Parliament Representation Act 2003
estn.	estnisch
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
et al.	et alii
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Gericht (erster Instanz)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union/Gemeinschaften
EuGH-VerfO	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Union/Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuWG	Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVV	Europäischer Verfassungsvertrag (Vertrag über eine Verfassung für Europa)
EWCA Civ	Court of Appeal of England and Wales, Civil Division (Ordnungsnummer)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende
FF	Französischer Franc
ff.	fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
finn.	finnisch
Fn.	Fußnote
frz.	französisch
FS	Festschrift
FYBIL	Finnish Yearbook of International Law
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
geb.	geboren
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls

GK	Große Kammer
GLJ	German Law Journal
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
gr.	griechisch
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRD	Griechische Drachme
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GYIL	German Yearbook of International Law
Habil.	Habilitationsschrift
Halbs.	Halbsatz
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HHRJ	Harvard Human Rights Journal
h. M.	herrschende Meinung
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften (Haustürwiderrufsgesetz) v. 16.01.1986 (in der bis zum 30.09.2000 geltenden Fassung)
i. Br.	im Breisgau
ICJ Reports	Cour internationale de justice, Recueil des arrêts, avis consultatifs et ordonnances/International Court of Justice, Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICLR	International Community Law Review
i. d. F.	in der Fassung
i. d. S.	in diesem Sinne
i. e. S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization
InfAusIR	Informationsbrief Ausländerrecht
IntKomm	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPE	Handbuch Ius Publicum Europaeum
ir.	irisch
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne der/des
ital.	italienisch

ITL	Italienische Lira
i.V.m.	in Verbindung mit
IYIL	The Italian Yearbook of International Law
JCP	Juris-Classeur Périodique, La Semaine Juridique, Édition Générale
JEL	Journal of Environmental Law
JöR N. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JWT	Journal of World Trade
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KE	Königlicher Erlass Nr. 143 v. 30.12.1982 (Belgien)
kroat.	kroatisch
KrPflG	Österr. Bundesgesetz betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste (i. d. F. des Bundesgesetzes österr. BGBl. Nr. 872/1992)
lett.	lettisch
LG	Landgericht
LIEI	Legal Issues of European Integration
lit.	littera
litau.	litauisch
LL.M.	Legum Magister/Master of Laws
LPF	Livre des procédures fiscales
LP ICT	The Law and Practice of International Courts and Tribunals
Ls.	Leitsatz
lux.	luxemburgisch
malt.	maltesisch
Michigan JIL	Michigan Journal of International Law
Mio.	Million
MLR	The Modern Law Review
MPEPIL	The Max Planck Encyclopedia of Public International Law
Mrd.	Milliarde
MRM	MenschenRechtsMagazin
MTD-G	Österr. Bundesgesetz über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste (österr. BGBl. Nr. 460/1992)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.	numero
n°/N°	numéro/Numéro
ndl.	niederländisch
n.F.	neue Fassung
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NLG	Niederländischer Gulden

No.	Number
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
nr.	număr
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
Nw.	Nachweis
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
o.	oben
o. ä.	oder ähnliches
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
österr.	österreichisch
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGH	Oberster Verwaltungsgerichtshof (Griechenland)
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PartVO	Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 04.11.2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung
pdf	Portable Document Format
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
Pl.	Plenarentscheidung (des tschechischen Verfassungsgerichts)
PNB	Parti nationaliste basque – Organisation régionale d’Iparralde
poln.	polnisch
port.	portugiesisch
Prot.	Protokoll
QB	Law Reports des Incorporated Council of Law Reporting (England und Wales), Teilsérie Queen’s Bench Division
QCC	qualifying Commonwealth citizens
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rep.	European Court of Human Rights, Reports of Judgments and Decisions/ Cour européenne des droits de l’homme, Recueil des arrêts et décisions
RFDA	Revue française de droit administratif
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RiLi	Richtlinie
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft, Betriebs-Berater International
RMCUE	Revue du Marché commun et de l’Union européenne
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung

RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RTDH	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RUDH	Revue universelle des droits de l'homme
rum.	rumänisch
S.	Satz; Seite
S. A.	Société Anonyme
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
schwed.	schwedisch
SEK	Schwedische Krone
Ser. A	Publications de la Cour européenne des droits de l'homme, Série A: Arrêts et décisions/Publications of the European Court of Human Rights, Series A: Judgments and Decisions
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshof(e)s der Europäischen Union/Gemeinschaften und des Gerichts (erster Instanz)
slowak.	slowakisch
slowen.	slowenisch
sog.	sogenannt
span.	spanisch
Spstr.	Spiegelstrich
SSEL	Swedish Studies in European Law
St.	Sankt
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional (Urteil des spanischen Verfassungsgerichts)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
Teilentsch.	Teilentscheidung
tschech.	tschechisch
u.	unten
u. a.	und andere; unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UKHL	United Kingdom House of Lords (Decisions)
ÜLG	Überseeische Länder und Hoheitsgebiete
UN	United Nations
ung.	ungarisch
Univ.	Universität
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
urspr.	ursprünglich
Urt.	Urteil
ÚS	Aktenzeichen des tschechischen oder slowakischen Verfassungsgerichts (Eine zugehörige römische Ziffer bezeichnet den entscheidenden Senat.)
US(A)	United States (of America)

UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht
v	versus
v.	vom
v. a.	vor allem
Var.	Variante
VBP	Protokoll (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union/Gemeinschaften
verb.	verbunden
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz v. 17.12.1990 (in der bis zum 30.09.2000 geltenden Fassung)
Verf.	Verfassung
VerfG	Verfassungsgericht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes (Österreich)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Virginia JIL	Virginia Journal of International Law
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung(en)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz (Österreich)
VwGH	Verwaltungsgerichtshof (Österreich)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WTO	World Trade Organization
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuW DE-R	Wirtschaft und Wettbewerb, Entscheidungssammlung zum Kartellrecht, Deutschland, Rechtsprechung
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention (amtlich: Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge) v. 23.05.1969
YbECHR	Yearbook of the European Convention on Human Rights/Annuaire de la Convention européenne des droits de l'homme
YEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien

ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll (zur EMRK)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zugl.	zugleich
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft





## Teil 1

# Grundlagen

## A. Einführung

### I. Kontext und Aufriss des Themas

Die diversen Wechselbeziehungen zwischen dem Recht der Europäischen Union (EU), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und den nationalen Rechtsordnungen zeichnen sich nicht nur durch ihre hohe Komplexität und Vielschichtigkeit aus<sup>1</sup>, sondern befinden sich auch stetig in einem dynamischen Wandel, der v. a. durch die fortwährende Entwicklung von Gesetzgebung und Rechtsprechung weiter vorangetrieben wird. Im derart geprägten sog. Mehrebenensystem<sup>2</sup> wirken der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und die nationalen Gerichte als verbundartig interdependente Rechtsschutzinstanzen zusammen<sup>3</sup>. Die zur Charakterisierung dieser tripolaren Judikativstruktur verwendeten Bezeichnungen wie „Bermuda-Dreieck“<sup>4</sup>, „Mehrebenen-Labyrinth“<sup>5</sup> oder „*devil's triangle*“<sup>6</sup> legen beredtes Zeugnis davon ab, dass die Materie auch ausgewiesene Spezialisten<sup>7</sup> im-

---

<sup>1</sup> Sauer, Grundrechtskollisionsrecht, in: Matz-Lück/Hong, Grundrechte, S. 1 (2 ff.); Vondung, Architektur, S. 1 f.; Knauff, DVBl. 2010, 533 (536 f.); Guckelberger, ZEuS 2012, 1 (16 f.).

<sup>2</sup> Hierzu Sauer, Jurisdiktionskonflikte, S. 77 ff., m.w.N.; Hentschel-Bednorz, S. 35 ff., 41 f.; Mayer, in: von Bogdandy/Bast, Europäisches Verfassungsrecht, S. 596 ff.; Oppermann/Classen/Nettesheim, Europarecht, § 4, Rn. 23; Lindner, ZRP 2007, 54 (55).

<sup>3</sup> Vgl. Voßkuhle, NVwZ 2010, 1 (1 ff.); Knauff, DVBl. 2010, 533 (536 f.); Oeter, VVDStRL 66 (2007), 361 (362 ff.); M. Albers, VVDStRL 71 (2012), 257 (287 ff.); Calliess, NJW 2013, 1905 (1905); ferner Pernice, EuR 2011, 151 (153 ff., 162 ff.).

<sup>4</sup> C. Lenz, EuZW 1999, 311 (312); Limbach, EuGRZ 2000, 417 (417); Bergmann, EuGRZ 2004, 620 (620); Oeter, VVDStRL 66 (2007), 361 (362); Sauer, Grundrechtskollisionsrecht, in: Matz-Lück/Hong, Grundrechte, S. 1 (6); Hirsch, EuR Beiheft 1 2006, 7 (7, 16 ff.); Hentschel-Bednorz, S. 36; kritisch Dederer, ZaöRV 66 (2006), 575 (621); auch bezeichnet als „Rechtsprechungsdreieck“ von O. Klein, NVwZ 2010, 221 (221), und Voßkuhle, NVwZ 2010, 1 (2), oder als „Jurisdiktionsdreieck“ von Schumann, FS Spellenberg, 729 (733), und Steiner, FS Bethge, 653 (653).

<sup>5</sup> Haratsch, ZaöRV 66 (2006), 927 (927, 946).

<sup>6</sup> Quirico, IYIL 20 (2010), 31 (33).

<sup>7</sup> Die Verwendung universeller Personalbegriffe allein in ihrer einfacheren maskulinen Form dient der besseren Lesbarkeit; gemeint sind jeweils auch die gleichermaßen betroffenen weiblichen Personen.

mer wieder vor große Herausforderungen stellt. Dennoch oder wohl sogar gerade deswegen<sup>8</sup> sind die Überschneidungsbereiche der genannten drei Ebenen Gegenstand einer schier unüberschaubaren Zahl wissenschaftlicher Publikationen geworden<sup>9</sup>.

Auch die vorliegende Untersuchung begibt sich in dieses allenthalben berüchtigte Fahrwasser. Mit der Durchsetzung von EU-Recht durch den EGMR behandelt sie jedoch einen Aspekt des Dreiecksverhältnisses, dem bislang noch vergleichsweise wenig akademische Aufmerksamkeit gewidmet wurde<sup>10</sup>. Im Rahmen dieser Abhandlung soll nun erstmals monographisch aufgearbeitet werden, inwieweit der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof, der über die Einhaltung der EMRK wacht und formell außerhalb des EU-internen Rechtsschutzsystems steht<sup>11</sup>, zum Schutz individueller Rechtspositionen aus dem Europarecht beitragen kann. Dieser Fragestellung kommt eine beträchtliche, mitunter sogar existentielle Bedeutung für die praktische Wirksamkeit der Rechte zu, die das Europarecht den Einzelnen verleiht.

Der Begriff des Europarechts umfasst in dieser Darstellung das Europarecht i. e. S.<sup>12</sup>, also das gesamte Recht der EU einschließlich des früheren<sup>13</sup> und gegenwärtigen<sup>14</sup> Gemeinschaftsrechts. Die in europarechtlichen Normen getroffenen Regelungen sind der tragende Grundstein für den europäischen Einigungsprozess<sup>15</sup>, welcher sich für den Kontinent in vielerlei Hinsicht als beispiellose Erfolgsgeschichte erwiesen hat<sup>16</sup>. Denn ungeachtet aller Schwierigkeiten konnten

<sup>8</sup> So erkennen etwa *Corthaut/Vanneste*, YEL 25 (2006), 475 (475), „a fascinating relationship“ zwischen EGMR und EuGH.

<sup>9</sup> Siehe z.B. nur *Vondung*, Architektur; *Michl*, Überprüfung; *Hentschel-Bednorz*, S. 331 ff.; *Sauer*, Grundrechtskollisionsrecht, in: Matz-Lück/Hong, Grundrechte, S. 1 (2 ff.); *Lock*, Verhältnis, S. 243 ff.; *Rohleder*, S. 285 ff., 365 ff., 425 ff.; alle m.w.N.

<sup>10</sup> Vgl. aber *Breuer*, JZ 2003, 433 (433 ff.); *Daiber*, EuR 2007, 406 (406 ff.); *Gundel*, FS Scheuing, 58 (63 ff.); *Tamme*, Aspects of enforcement, S. 1 ff.

<sup>11</sup> Siehe *Dörr*, DVBl. 2006, 1088 (1098).

<sup>12</sup> Siehe *Streinz*, Europarecht, Rn. 1 ff.; *Herdegen*, Europarecht, § 1, Rn. 2 ff.; *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht, S. XLV; *Haratsch/Koenig/Pechstein*, Europarecht, S. 1, Rn. 2.

<sup>13</sup> Die in dieser Darstellung untersuchten Verfahren vor den Konventionsorganen betrafen ganz überwiegend Rechtspositionen aus dem damaligen Gemeinschaftsrecht, nämlich dem EG-Recht.

<sup>14</sup> Hier ist das Recht der Europäischen Atomgemeinschaft zu nennen, das bislang allerdings keine wesentlichen praktischen Probleme des Individualrechtsschutzes aufgeworfen hat. Durch die Verweisung in Art. 106 a EAGV gelten zahlreiche unionsrechtliche Vorschriften auch im EAG-Recht; vgl. *Grunwald*, ZEuS 2010, 407 (409 ff.).

<sup>15</sup> Zum historischen Ablauf ausführlich *Giegerich*, Europäische Verfassung, S. 15 ff., 149 ff.

<sup>16</sup> Siehe Bundespräsident *Gauk*, Rede v. 23.04.2012 anlässlich des Staatsbanketts zu Ehren von Großherzog Henri von Luxemburg, Schloss Bellevue, Berlin, abrufbar unter: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauk/Reden/2012/04/120423-Luxemburg-Staatsbankett.html>: „Die [EU] ist die größte politische Erfolgs-

v. a. der Frieden zwischen den beteiligten Staaten bewahrt<sup>17</sup>, die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität gefördert<sup>18</sup> sowie eine intensive politisch-rechtliche Kooperation etabliert werden<sup>19</sup>. Unter den Bedingungen der heutigen und zukünftigen globalisierten Welt erscheinen Fortsetzung und Vertiefung dieser Integration dringender geboten denn je<sup>20</sup>. Es gilt hervorzuheben, dass viele wichtige Errungenschaften der europäischen Einigung wie z. B. die Freiheiten des Binnenmarktes gerade durch ihre rechtliche Fixierung erreicht und gesichert wurden<sup>21</sup>. Dementsprechend ist die EU als Rechtsgemeinschaft verfasst, die auf der Befolgung verbindlicher rechtlicher Gewährleistungen aufbaut<sup>22</sup>. Der Respekt vor dem

---

geschichte unseres Kontinents.“; ebenso *Giegerich*, Die „europäische Föderation“, in: ders., Herausforderungen, S. 7 (32); vgl. auch *Vofßkuhle*, NVwZ 2010, 1 (2).

<sup>17</sup> Siehe bereits die Erklärung des frz. Außenministers *Schuman* v. 09.05.1950 (sog. Schuman-Plan), Quai d’Orsay, Paris, abrufbar unter: [https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration\\_fr](https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_fr): „La contribution qu’une Europe organisée et vivante peut apporter à la civilisation est indispensable au maintien des relations pacifiques [...] cette proposition réalisera les premières assises concrètes d’une Fédération européenne indispensable à la préservation de la paix.“

Für ihren Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa wurde die EU am 12.10.2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet; die Begründung des norwegischen Nobelkomitees ist abrufbar unter: [http://www.nobelprize.org/nobel\\_prizes/peace/laureates/2012/press.html](http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2012/press.html).

<sup>18</sup> Vgl. zur Konzeption des schrittweisen, zunächst ökonomischen Zusammenwachsens *H.P. Ipsen*, Europäisches Gemeinschaftsrecht, S. 84 f., 90 f., 251 ff.; *Schorkopf*, Der Europäische Weg, S. 67; *Streinz*, Europarecht, Rn. 20; *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht, § 2, Rn. 15.

<sup>19</sup> Zur „finalité politique“ der europäischen Integration *Giegerich*, Europäische Verfassung, S. 158 f., 195, 199 f.; *ders.*, in: Schulze/Zuleeg/Kadelbach, § 9, Rn. 2; *Schorkopf*, Der Europäische Weg, S. 178 ff.; vgl. auch *P.M. Huber*, ZaöRV 68 (2008), 307 (318); sowie die kritische Analyse von *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht, § 3, Rn. 23.

<sup>20</sup> Vgl. *Giegerich*, Die „europäische Föderation“, in: ders., Herausforderungen, S. 7 (32 f.); *Everling*, EuR 2010, 91 (107); *Guckelberger*, ZEuS 2012, 1 (2 f.); *Schmahl*, BayVBl. 2012, 1 (8); siehe weiterhin *Giegerich*, Europäische Verfassung, S. 1 ff.

<sup>21</sup> Vgl. *Hallstein*, Europäische Gemeinschaft, S. 33, 53 ff.; *ders.*, Europäische Reden, S. 341, 343; *Calliess*, ZEuS 2011, 213 (222 f.); *Schorkopf*, Der Europäische Weg, S. 116 ff.; *Schwarze*, FS Pescatore, 637 (637 ff.); *Giegerich*, VVDStRL 69 (2010), 57 (86).

<sup>22</sup> EuGH, Urt. v. 23.04.1986, Les Verts ./ Europäisches Parlament, Rs. 294/83, Slg. 1986, 1339, Rn. 23; EuGH, Urt. v. 18.01.2007, PKK und KNK ./ Rat, Rs. C-229/05 P, Slg. 2007, I-439, Rn. 109. Grundlegend *Hallstein*, Europäische Gemeinschaft, S. 33, 53 ff.: „Die Europäische Gemeinschaft ist in vierfacher Hinsicht ein Phänomen des Rechts: Sie ist Schöpfung des Rechts, sie ist Rechtsquelle, sie ist Rechtsordnung, und sie ist Rechtspolitik.“; ähnlich *ders.*, Europäische Reden, S. 341, 343 ff.; *Sauer*, Jurisdiktionskonflikte, S. 32 ff.; *Ullrich*, S. 19, 55 f., 175 f.; *Ehlers*, in: *ders./Schoch*, Rechtsschutz, § 6, Rn. 1; *Everling*, Vorabentscheidungsverfahren, S. 81; *Calliess*, ZEuS 2011, 213 (222 ff.); *Schorkopf*, Der Europäische Weg, S. 116 f., 120 f.; *ders.*, AöR 136 (2011), 323 (323 ff.); *Guckelberger*, ZEuS 2012, 1 (5); siehe gerade in Abgrenzung zu den informellen Kooperationsformen des Nordischen Rates *Tamme*, Der Nordische Rat, in: *Göthlich/Modarressi-Tehrani*, Netzwerke, S. 151 (158 f.). Zur Effektivität des Euro-